



PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft
Moskauer Straße 19, 40227 Düsseldorf

An die
Empfänger des Newsletters
Energierrecht für energieintensive Unternehmen

PricewaterhouseCoopers Legal
Aktiengesellschaft
Rechtsanwaltsgesellschaft

Moskauer Straße 19
40227 Düsseldorf
Postfach 10 50 53
40041 Düsseldorf
www.pwclegal.de

Tel.: +49 211 981-5396
Fax: +49 211 981-4011
michael.kueper@pwc.com

Juli 2020

Mittels Messkonzept hohe Nachzahlungen von EEG-Umlage verhindern – Leistungsverweigerungsrecht nach § 104 Abs. 11 EEG 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zuge der Anpassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2017) durch das „Energiesammelgesetz“ Ende 2018 hat der Gesetzgeber den Themenkomplex „Messen und Schätzen“ neu geregelt und wollte hiermit für „Rechtsfrieden und Rechtssicherheit“ sorgen. Das Augenmerk liegt hier im Wesentlichen darauf, durch die rechtskonforme Abgrenzung von an Dritte weitergeleiteten Strommengen gegenwärtig sowie zukünftig eine Begrenzung der EEG-Umlage für eigenverbrauchte Mengen (weiterhin) in Anspruch nehmen zu können.

Hingegen wird nach unserer Erfahrung teilweise bislang nur stiefmütterlich behandelt, dass unter Umständen zudem hohe Nachzahlungsansprüche drohen können, wenn Drittstrommengen in der Vergangenheit nicht 15-Minuten genau und damit zumindest ab dem 1. August 2014 nicht rechtskonform abgegrenzt wurden. Um derartige Nachzahlungsansprüche zu verhindern, statuiert § 104 Abs. 11 EEG 2017 ein sog. Leistungsverweigerungsrecht. Unternehmen, die hiervon Gebrauch machen wollen, müssen jetzt handeln.

Praktischer Anwendungsfall des Leistungsverweigerungsrechts ist, dass der zuständige Netzbetreiber wegen der nicht rechtskonformen Erfassung und Abgrenzung von in der Vergangenheit (vor dem 1. Januar 2018) weitergeleiteten Strommengen rückwirkend die volle EEG-Umlage auf

...

die gesamte, also auch auf die selbst verbrauchte Strommenge (!) geltend macht. Hieraus können sich mitunter erhebliche finanzielle Risiken ergeben.

Insbesondere Unternehmen, die als Eigenerzeuger Strommengen an Dritte weitergeleitet haben, bspw. an fremdbetriebene Kantinen, Untermieter oder Schwestergesellschaften, kann insoweit zum Verhängnis werden, dass sie ihre privilegierungsfähige selbstverbrauchte Menge in der Vergangenheit nicht „viertelstundengenau“ von den weitergeleiteten, nicht privilegierungsfähigen Mengen abgegrenzt haben.

In diesem Zusammenhang eröffnet § 104 Abs. 11 EEG 2017 die Möglichkeit, die Erfüllung des Anspruchs des Netzbetreibers auf Nachzahlung der höchsten geltenden EEG-Umlage für die gesamte Verbrauchsmenge zu verweigern.

Eine wesentliche Voraussetzung ist, dass ein Messkonzept vorgelegt werden kann, mit dem erklärt wird, wie für Strommengen, die ab dem 1. Januar 2021 verbraucht werden, eine rechtskonforme Mengenabgrenzung sichergestellt wird.

Da für die Aufstellung eines solchen Messkonzepts sowie für die Installation der erforderlichen Messeinrichtungen unter Berücksichtigung von Lieferfristen und Betriebsabläufen mehrere Monate zu veranschlagen sind, sollte das Thema spätestens jetzt in Angriff genommen werden. Zu berücksichtigen ist dabei insbesondere auch, dass auf Verlangen des zuständigen Netzbetreibers die Prüfung des Messkonzeptes durch einen Wirtschaftsprüfer erforderlich sein kann.

Gelingt es nicht, die rechtskonforme Mengenabgrenzung ab dem 1. Januar 2021 sicherzustellen und mittels Messkonzept nachzuweisen, kann ein Leistungsverweigerungsrecht nachträglich nicht mehr entstehen.

In Anbetracht dessen bieten wir Ihnen an, Sie kurzfristig dabei zu unterstützen, etwaigen Nachzahlungsansprüchen erfolgreich zu begegnen. Profitieren Sie dabei von unserer rechtlichen sowie technisch-wirtschaftlichen Expertise.

Unser Leistungsspektrum umfasst z.B.

- Die Prüfung von in der Vergangenheit liegenden Verbrauchssachverhalten und Beurteilung, ob Ihrem Unternehmen Nachzahlungsansprüche drohen.
- Die Beurteilung, ob Ihr Unternehmen das Leistungsverweigerungsrecht nach § 104 Abs. 11 EEG 2017 in Anspruch nehmen kann.
- Das Aufstellen eines rechtssicheren und praxistauglichen Messkonzepts.
- Eine Unterstützung bei der Kommunikation mit Netzbetreibern und Behörden.
- Eine Unterstützung bei der Abstimmung von Lösungsansätzen mit Ihrem Wirtschaftsprüfer.

Der Umfang und Schwerpunkt unserer Leistungen ist selbstverständlich von Ihrer individuellen Ausgangslage abhängig und wird an Ihrem konkreten Bedarf ausgerichtet.

Es würde uns freuen, uns mit Ihnen zu den oben dargestellten Aspekten auszutauschen. Gerne können Sie uns unter den nachstehenden Kontaktdaten erreichen:

- Matthias Stephan, Rechtsanwalt, Tel.: +49 211 – 981 1509
E-Mail: matthias.stephan@pwc.com
- Dr. Karla Johanna Hamborg, Dipl.-Wirtschaftsjuristin, Tel.: +49 211 – 981 7289
E-Mail: karla.johanna.hamborg@pwc.com
- Sebastian Farin, Dipl.-Wirtschaftsjurist, PricewaterhouseCoopers WPG GmbH
Tel.: +49 211 – 981 2287; E-Mail: sebastian.farin@pwc.com

Mit freundlichen Grüßen

A blue ink signature of Michael H. Küper, written in a cursive style.

Michael H. Küper
Rechtsanwalt, M.Sc.

A blue ink signature of Matthias Stephan, written in a cursive style.

Matthias Stephan
Rechtsanwalt